

Afghanistan im Überblick

zusammengestellt von Theodor Rathgeber

Regierungsbildung

Eine geschäftsführende oder unvollständige Regierung ist kein genuin deutsches Phänomen. Anfang Dezember hat das afghanische Parlament dem bislang nur knapp zur Hälfte besetzten Kabinett elf neue Minister zugestanden. Darunter befanden sich die nicht unwichtigen Ressorts Verteidigung und Inneres. Beide Ministerien hatten allerdings in der Vergangenheit schon häufige Wechsel an der Ministeriumsspitze erlebt. Beide Posten sind außerdem zwischen den zerstrittenen Lagern in der Einheitsregierung von Präsident Ashraf Ghani and Regierungsgeschäftsführer Abdullah Abdullah umkämpft. Neue Chefs wurden außerdem für folgende Ressorts berufen: Landwirtschaft, Wirtschaft, Arbeit und Soziales, Ländliche Entwicklung, Höhere Bildung, Transport, Staatliche Bauvorhaben, Telekommunikation, sowie Stammesangelegenheiten und Grenzen. Die Bewerberin für das Bergbauministerium wurde nicht berücksichtigt. Sie wäre die einzige Frau im Kabinett gewesen. Das Außenministerium muss weiter ohne vom Parlament bestätigten Ressortchef auskommen.

Handelskorridor ohne Afghanistan

Ende Oktober verkündete Afghanistans Präsident Ashraf Ghani, dass sein Land sich dem Projekt des *China-Pakistan-Economic-Corridor* (CPEC) nicht anschließen werde. Die Ankündigung erfolgte im Rahmen einer Konferenz der *Vivekananda International Foundation* in New Delhi und erwischte die Projektbetreiber zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Das auf einen Investitionsumfang von insgesamt rund 62 Milliarden US-Dollar geschätzte Infrastrukturprojekt sieht sich bereits mehreren Unwägbarkeiten gegenüber. Die geographischen und topographischen Herausforderungen scheinen unterschätzt worden zu sein. Separatisten in der pakistanischen Provinz Belutschistan lehnen das Projekt ab und drohen mit Gegenmaßnahmen. Auf internationaler Bühne wird das Projekt argwöhnisch beobachtet, da es einige Gebiete einschließt, die regional wie völkerrechtlich umstritten sind. Präsident Ashraf Ghani begründete die – vorläufige – Absage damit, dass es nicht gelungen war, Afghanistan einen Wirtschaftskorridor nach Indien über die pakistanische Wagah-Grenzroute zu gewähren. Es sei unter diesen Bedingungen nicht einzusehen, warum Afghanistan umgekehrt Pakistan den Zugang nach Zentralasien einräumen sollte. Die Binnenstaatsituation Afghanistans habe sich als

handfestes Hindernis für einen wirtschaftlichen Aufschwung erwiesen, mithin die Bekämpfung des Terrorismus in einem entscheidenden Politikfeld behindert. Pakistan hatte ursprünglich gehofft, mit Ashraf Ghani im Vergleich zu Hamid Karzai einen verständigeren Verhandlungspartner zu haben. Ashraf Ghani hatte nach seinem Amtsantritt die politischen Beziehungen zu Indien und Pakistan in der Tat neu geordnet. Ein Sicherheitsabkommen mit Indien wurde ausgesetzt, afghanisches Militär zur Ausbildung an die pakistanische Militärakademie gesandt und ein Informationsaustausch unter den Geheimdiensten verabredet. Pakistanische Medien vermuten in Ashraf Ghani jetzt einen indischen Handlanger, weil er seine Ankündigung ausgerechnet in New Delhi kundtat. Im Übrigen würde ein Korridor über die Wagah-Route die Sicherheit Pakistans gefährden. Es war allerdings Pakistan, das unter anderem die Handelsroute von Indien nach Afghanistan faktisch schloss, um aus geopolitischen Gründen eine zu große Annäherung der beiden Länder zu unterbinden.

Annäherungen an China

Im Oktober erwarb Afghanistan die Mitgliedschaft bei der *Asian Infrastructure Investment Bank* (AIIB), einer in Peking ansässigen Finanzinstitution. Wie bei der vorigen Meldung erreichte diese Meldung die Öffentlichkeit über den Umweg Washington. Dort hielten sich die Finanzminister der Region zur Tagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank auf. Die Regierung in Afghanistan erhofft sich damit einen leichteren Zugang zu Krediten, um Investitionen in die Solarenergie, ein Eisenbahnnetz und andere Infrastrukturen tätigen zu können. Das Eisenbahnnetz soll einmal Afghanistan mit Kirgistan, Tadschikistan, Iran und China verbinden. Die Ankündigung ist nicht ohne Symbolik, folgt sie doch einer Vereinbarung vom Mai 2016, mittels derer Afghanistan Chinas neuer Seidenstraßeninitiative (*One Belt One Road*; OBOR) beigetreten ist. Im Juni 2017 verkündeten die Präsidenten Ashraf Ghani und Xi Jinping in Astana (Kasachstan), dass beide Länder verstärkt miteinander kooperieren und die geplante gemeinsame Wirtschaftszone umsetzen wollen. Die chinesische Führung hatte sich mit der Mitgliedschaft Afghanistans in der AIIB erhofft, dass es zu einer engeren Zusammenarbeit von China, Pakistan und Afghanistan kommen würde. Inwieweit diese Hoffnung nach der vorhergehenden Nachricht zu CPEC aufrechterhalten werden kann, scheint fraglich.